



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

der erste Haushalt des im Jahre 2014 neu gewählten Rates steht an und startet mit einem Paukenschlag, denn mit dem Haushalt 2015 ist das vorher so gefürchtete Haushaltssicherungskonzept nunmehr da. Der Rat ist immer noch nicht eingespielt, der Bürgermeister führt – noch nicht für alle sichtbar - die Geschicke der Stadt – das Wort „Missgeschicke“ ist hier derzeit *noch* zu hart, aber wir befürchten Schlimmes -, die Wegberger Bevölkerung ist absolut unzufrieden. Denn sie hat alles getan, damit ein neuer Stil in Wegberg Einzug hält.

Sie hat den Bürgermeister, – bei einem Orchester ist das der Dirigent – gewechselt, damit dieser ein harmonisches Zusammenspiel von allen Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter - nennen wir diese der Anschaulichkeit halber „Orchestermitglieder“ - erzielt.

Ein Orchester ist ein sehr gutes Anschauungsobjekt, um die Situation des Rates einmal zu verdeutlichen. In einem Orchester gibt es verschiedene **Instrumentengruppen** – sozusagen **Fraktionen** – die von **Stimmführern** geleitet werden. In den Instrumentengruppen unseres Wegberger Orchesters wurden im vergangenen Jahr viele Mitglieder ausgetauscht, dort muss das Zusammenspiel noch besser werden. Das Zusammenspiel muss hier und da noch gelernt werden, hier bin ich zuversichtlich, dies kommt mit der Zeit. Wenn mehr aufeinander gehört wird, verbessert sich ein jedes Spiel.

Zwischen dem Dirigenten und den Stimmführern existieren in der Hierarchie eines Orchesters noch erste und zweite Konzertmeister, die mehr zu sagen haben, als ein normaler Orchestermusiker – davon haben wir in diesem Gleichnis gleich zwei, die **Beigeordneten**.

Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind die unermüdlichen **Schlagwerker**, verantwortlich für den richtigen Takt, der für jedes gute musikalische Zusammenspiel benötigt wird. Denn nicht nur der richtige Ton, sondern auch der richtige Takt ist sehr wichtig in der Musik. Für die Wegberger Schlagwerker ist der Takt nicht leicht zu halten.

Soviel zum Aufbau des Wegberger Orchesters. Jetzt hat das geschätzte Wegberger Publikum vor einem guten Jahr einen Instrumentenführer eines anderen Orchesters – dem Kreistag Heinsberg - zum Dirigenten gewählt. Das Orchester (ausgenommen der Schlagwerker) hat sich selber ein gutes halbes Jahr zuvor eine erste Konzertmeisterin erwählt, in der Hoffnung, sie sei die Richtige für dieses Orchester. Leider hat die neue Konzertmeisterin ihre Spielweise noch nicht an den neuen „Klangkörper“ angepasst, sie versucht den Musikstil des Vierseners Orchesters dem Wegberger zuoktroyieren. Der Dirigent merkt dies vielleicht nicht direkt. Und wenn doch, so reagiert die erste Konzertmeisterin anscheinend kaum auf seine Weisung. Jedenfalls spielen diese beiden nicht in großer Harmonie. Die Instrumentenführer können kaum noch folgen, denn Takt- und Rhythmuswechsel erfolgen oftmals sehr überraschend und sind selten mit allen abgesprochen.

Orchesterproben finden nicht immer in voller Besetzung statt, sondern es werden zunächst in Einzelproben (Ausschusssitzungen) die verschiedenen Stimmen oder in den Instrumentengruppen geprobt. Diese Einzelproben sollen insbesondere bei neu einzustudierenden Werken oder bei spieltechnisch schwierigen Passagen dazu beitragen, dass die einzelnen Gruppen ihren Part so gut beherrschen, dass das vollständige Orchester einen harmonischen Gesamtklang erzeugt.

Unser Dirigent hat allerdings bisher nicht allen Einzelproben beigewohnt und gelauscht, was ihm natürlich die Orchesterprobe enorm erschwert, denn er kennt die Partitur, jedoch noch immer nicht alle Höhen und Tiefen der verschiedenen Stimmen. Selbstverständlich muss hierbei berücksichtigt werden, dass ganz ungewohnte und in Wegberg noch nie gespielte Werke zur Aufführung kommen: Spätestens seit diesem Jahr müssen „Das Haushaltssicherungskonzept“, „Der dramatischer Anstieg der Asylsuchenden“ oder auch „die Unterbringungsproblematik“ und „Die Zentrale Unterbringungseinrichtung Petersholz“ gespielt werden.

Obwohl die erste Orchesteraufführung des neuen Dirigenten („Die Haushaltsverabschiedung“) immerzu verschoben worden ist, hat er noch kein harmonisches Zusammenspiel schaffen können. Das mag daran liegen, dass er bis April dieses Jahres immer noch ein anderes Werk geprobt hat, obwohl er aus heutiger Sicht die Symphonie „Haushalt 2015“ besser wesentlich früher mit dem noch fehlenden Satz „Das Haushaltssicherungskonzept“ hätte einüben und proben lassen.

Hinzu kommt der überraschend starke Verlust von erfahrenen Schlagwerkern (zur Erinnerung: VerwaltungsmitarbeiterInnen), den der Dirigent und das Orchester bisher zu verkraften hatten. Dem Orchestergeflüster nach wird dabei immer öfter das Verhalten der ersten Konzertmeisterin als ein Grund für die Abwanderungen genannt.

Wir wünschen dem Dirigenten eine glückliche Hand für künftige Aufführungen und hoffen, dass er aus den ersten beiden Jahren gut lernt, schließlich ist der Übergang von einem Instrumentenführer zu einem Dirigenten nie leicht, vor allem wenn es sich um ein bis dato völlig unbekanntes Orchester handelt. Mit ein wenig mehr Erfahrung wird er mit den Stärken und Schwächen seiner Orchestermitglieder (inklusive der herausgehobenen) besser umgehen können, damit aus den allzu vielen Misstönen von heute in Zukunft endlich ein gutes und wirklich hörenswertes Zusammenspiel für die Wegberger Bevölkerung wird.

Selbstverständlich nehmen als Orchestermitglieder an der heutigen Aufführung teil und spielen unsere Parts hoffentlich fehlerfrei, bleiben jedoch dabei: Diese Aufführung ist es eigentlich nicht wert, gehört zu werden. Deswegen stimmen wir dem Stück „Die Haushaltsverabschiedung“ nicht wirklich bei. Denn es handelt sich hierbei um eine lausige Pflichtvorstellung, die gegeben wird um der Vorstellung willen. Die einzelnen Positionen sind mit der Verabschiedung bald schon überholt, denn das Werk gilt nur bis zum Jahresende und ist erst richtig abgeschlossen, wenn der Theaterleitung - dem Kreis – das Stück genehm ist.

Verbessert hat die Wegberger Lage sich nicht. Es ist sehr viel Unruhe im Publikum, Gerüchte über neue, noch nicht eingespielte, jedoch angedachte Werke, wie „Zwei Grundschulschließungen“, „Die Einführung von Parkgebühren“, „Die Schließung von Turnhallen“ um hier nur einige angedachte Werke zu benennen, verunsichern das Publikum doch sehr. Und obwohl es erklärter Wille war, dass Orchester und Publikum gemeinsam den Wegberger Haushalt verändern, ist das Publikum bisher außen vor geblieben.

Da unserer Instrumentengruppe die Meinung des Publikums gerade in dieser schwierigen Zeit unendlich wichtig ist, wollen wir nicht im Orchester über Repertoire und Aufführung(spraxis) diskutieren, wenn für uns die wesentlichen Impulsgeber, die Wegberger Bürgerinnen und Bürger, zuvor außen vor geblieben sind.

Glücklicherweise ist der wichtigste Musikkritiker der Presse bisher sehr generös mit dem Dirigenten und seinem Orchester umgegangen. Hoffen wir, dass weiterhin so viel Toleranz für das musikalische Spiel bestehen bleibt (böse Zungen behaupten ja, es handele sich weniger um Toleranz, als um *Ignoranz*). Wenn das Orchesterpublikum liest, dass das musikalische Spiel gar nicht so schlecht sei wie allgemein angenommen, meint es vielleicht, es habe sich einfach verhört, oder sich in der Bewertung geirrt - schließlich hat ein Musikkritiker mehr Erfahrung mit Orchestern und ihrem Können!

Die kleine Instrumentengruppe der AfW hat in den Einzelproben beharrlich ihre Sicht zu den gespielten Werken bzw. zu geproben Parts geäußert. Dabei konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass wir nie wirklich gehört worden sind. Jetzt spielen wir das Werk „Haushalt 2015“ als Bestandteil dieses nicht wirklich gut funktionierenden Orchesters mit und zucken innerlich jedes Mal zusammen, wenn wir wieder einmal diese vielen schiefen disharmonischen Töne spielen müssen.

Das Bild spricht wohl für sich, aber für alle Zweifelsfälle kehre ich von der Sprache des Orchesters zur Sprache des Rates zurück:

Die Fraktion der AfW trägt den Haushalt 2015 nicht mit.

gez. Nicole von den Driesch

Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.

Haushalt der Stadt Wegberg 2015

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Frau Kühn,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Vernunft ist der schmale Grat zwischen Irrationalität und Rationalität.

Wir beraten heute im Lichte einer immer komplizierter werdenden Welt den Haushaltsentwurf 2015 für die Stadt Wegberg.

Ja – meine Damen und Herren – sie hören richtig: es ist der Entwurf für das Haushaltsjahr 2015.

Ja - meine Damen und Herren – sie hören ebenfalls richtig: es ist nur der Entwurf für das Haushaltsjahr 2015.

Ab Morgen bleiben uns also noch genau 45 Tage des laufenden Haushaltsjahres übrig. Ich persönlich brauche kein Geheimnis daraus zu machen, dass wir uns gerne andere Umstände für diese Haushaltsberatung gewünscht hätten. Aus den verschiedensten Gründen beraten wir jedoch keinen Doppelhaushalt, sondern „nur“ die Einzelfassung 2015. Über die Gründe und das „Für & Wieder“ sind lange diskutiert worden.

Ich erspare uns jetzt eine erneute Abfolge der Ereignisse und sehe es einfach einmal positiv: sie dürfen alle im Jahre 2016 ebenfalls wieder eine meiner Haushaltsreden hören.

Sehr geehrter Herr Stock,

der uns jetzt vorliegende Haushaltsentwurf ist der erste Haushalt, der von Ihnen eingebracht wurde und damit auch zu verantworten ist. Es ist gleichzeitig der erste Haushalt der Stadt Wegberg, der mit der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes einhergehen muss. Es wäre politisch jetzt sicherlich opportun Ihnen dies zuzuschreiben und davon zu sprechen, dass Sie als Bürgermeister die Hauptverantwortung für diesen Entwurf tragen. Es wäre aber inhaltlich für die Stadt und die Menschen, die in ihr leben und arbeiten, nicht zielführend. Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen uns in dieser haushaltstechnisch schweren Situation sicherlich nicht weiter.

Zielführend ist aber ein gutes Stichwort. Der Rat hat sich – in einem umfangreichen Prozess – in diesem Jahr mit der Vision für die Stadt Wegberg im Jahr 2025 beschäftigt. Wir haben gemeinsam eine Vorstellung formuliert, wie unsere Heimatstadt in der Zukunft aussehen soll.

Nehmen wir einen Teil aus der Vision Wegberg 2025 als Selbstverpflichtung und als Mahnung für unser aller Handeln – und da schließe ich Rat und Verwaltung ein: „Im Jahr 2025 ist die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt gegeben und bildet die Grundlage für die zukünftige Entwicklung.“

Dieses ist ein hehrer Anspruch und ein großes Ziel für die politisch Verantwortlichen an diesem Tisch.

Lassen Sie mich deutlich machen, dass das Zahlenwerk 2015 kein Werk ist, welches Raum für die großen politischen Debatten gibt. Es ist ein handwerklich solides Werk; es versucht die finanziellen Möglichkeiten der Stadt aufzuzeigen. Ich fasse es mal in einer Aussage zusammen: Sie sind begrenzt.

Die FDP-Fraktion hat bei allen haushaltspolitischen Diskussionen in der Vergangenheit versucht eine sinnvolle Balance zu finden. Eine Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft, sinnvollen und nötigen Maßnahmen und der sozialen Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gegenüber. Diesem Prinzip fühlen wir uns auch weiterhin verpflichtet.

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einen Blick hinter die Fassade des Planwerkes zu werfen.

Trotz einer engen finanziellen Decke können auch in diesem Jahr die absolut notwendigen Investitionen ermöglicht werden.

Wichtige Ersatzinvestitionen bei der Feuerwehr, dem Baubetriebshof und auch den Schulen können getätigt werden; Kanal- und Straßensanierungen werden in einem vertretbaren Umfang realisiert.

Ein „Mehr“ an Investitionen wäre in vielen Bereichen wünschenswert – ist aber im aktuellen Umfeld schlicht und einfach nicht möglich.

Die SEWG wird auch in diesem Jahr wieder nicht zur Cash-Cow für den städtischen Haushalt. Die zukünftige Rolle der SEWG ist weiterhin fraglich. Hier würde ich mir ein klares Wort des Bürgermeisters wünschen. Wo wollen Sie mit der städtischen Gesellschaft hin? Was sind politische oder ökonomische Ziele, die wir mit der SEWG morgen und übermorgen erreichen wollen?

Lassen Sie mich an dieser Stelle – aus aktuellem Anlass – einen Gedanken aufgreifen. Auch jetzt in diesem Moment werden wieder hunderte Menschen europäischen Boden betreten und Schutz vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung suchen und glücklicherweise auch finden. Im Moment kümmern die Kommunen und Länder sich in erste Linie um die Erstunterbringung der Menschen. Auch dazu leistet die Stadt Wegberg ihren Beitrag. In diesem

Zusammenhang möchte ich den Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern danken, die unter einem hohen persönlichen Einsatz – vielfach ehrenamtlich – mitanpacken und ein Bild von Deutschland zeigen, dass uns sehr Stolz machen kann.

Vielleicht sollten wir daher die SEWG weiterentwickeln zu einer städtischen Gesellschaft, die sich stärker mit der Schaffung von Wohnraum beschäftigt. Vielleicht kann aus der SEWG eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft werden. Wir werden in den nächsten Jahren in Deutschland zusätzlichen Wohnraum für viele Hunderttausend Menschen benötigen. Wir sollten uns daher kurzfristig damit beschäftigen, welchen Beitrag die Stadt Wegberg und auch die SEWG dazu leisten kann.

Meine Damen und Herren,

wir sprechen seit Jahren über städtische Standards, die es zu überprüfen gilt. Als herausragendes Beispiel bietet sich die Schulbibliothek im Maximilian-Kolbe-Gymnasium an. Jede Ausleihung eines Buches verursacht im Moment Kosten in Höhe von EUR 325,58. Hier müssen wir zukünftig eine andere Lösung suchen. Warum geben wir die Bibliothek nicht in Schülerhände? Oder denken über alternative Betreiberkonzepte nach? Spontan kann ich mir einen Trägerverein oder eine Schüler-Genossenschaft sehr gut vorstellen. Selbstverantwortung und Selbstverwaltung funktionieren in vielen anderen schulischen Bereichen auch schon hervorragend.

Gleichzeitig wird uns die Diskussion über Standards auch bei vielen anderen Maßnahmen ereilen. Wie wird die neue Feuerwache gebaut? In welcher Art & Weise werden wir uns zukünftig im Rathaus personell aufstellen?

An dieser Stelle muss der angekündigte Weg nun auch durch Rat und Verwaltung gegangen werden. Wir sind dazu bereit.

Ich fordere Sie alle zusammen auf: bleiben Sie standhaft auf diesem Weg – ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass kann schmerzhaft und manchmal auch unangenehm sein. Dass wir Erfahrung im Bereich der Leidensfähigkeit haben – brauche ich Ihnen als Mitglied der Freien Demokraten ja nicht zu erzählen.

Aufgrund von einigen Nachfragen gebe ich übrigens gerne noch einmal den Hinweis, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Nachmieter unserer ehemaligen Fraktionsräume und dem Zustand der FDP gibt. Totgesagte leben länger und auch befreundete Ratskollegen werden uns nicht zu Grabe tragen können.

Meine Damen und Herren,

bleiben Sie standhaft und suchen Sie nicht nach Möglichkeiten das gemeinsam geschnürte Maßnahmenpaket zur Haushaltskonsolidierung an allen Ecken und Enden wieder aufzumachen, um ihre jeweilige Klientel zu bedienen.

Bleiben Sie standhaft, wenn der SPD-Ratsherr eine oder vielleicht sogar seine Grundschule retten will.

Bleiben Sie standhaft, wenn die Kollegen der CDU für Rath-Anhoven nach Sonderlösungen bei den Anliegerbeiträgen suchen.

Bleiben Sie standhaft, wenn die Kollegen der AfW die Hundesteuersatzung wieder aufdröseln möchten.

Diese und ähnliche Beispiele werden uns in den nächsten Jahren immer wieder begegnen und dann wird sich zeigen, wer heute hier nur Lippenbekenntnisse zu den Konsolidierungsbemühungen abgegeben hat oder wer ernsthaft bereit ist Vernunft walten zu lassen.

Vernünftig wäre es übrigens auch endlich anzuerkennen, dass wir uns keine weiteren EUR 150.000,- für einen überflüssigen Radweg in Tüschbroich leisten sollten. So lange Sie bereit sind, diese Prestigeobjekte zu finanzieren und zu bauen, so lange wird es extrem schwer sein, die Menschen von unserer Politik der Konsolidierung zu überzeugen. Sie schmeißen das Geld zum Fenster hinaus - welches Sie mit den Parkuhren in den nächsten drei Jahren einnehmen wollen.

Meine Damen und Herren,

Sie kenne mich als jemanden, der immer kritisch auf die Personalkosten schaut und nach kreativen Lösungen ruft. Meine Kolleginnen der Freien Wähler waren dieses Jahr sogar so kreativ einfach den technischen Dezernenten einsparen zu wollen. Ich halte es für viel wichtiger endlich ein mittelfristiges Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang möchte ich übrigens meine Betroffenheit über die sehr langwierige Suche nach Alternativen zu unserer Wiederbesetzungssperre ausdrücken. Scheinbar ist dieses Vorgehen ja doch alternativlos, wenn man nicht einmal eine Aussage zur Zeitplanung machen kann.

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

wenn wir schon kein Geld mehr haben, dann brauchen wir wenigstens vernünftige Ideen. Dazu fordere ich Sie auch heute von dieser Stelle aus wieder auf. Die Zeit des Einsparens ist nicht vorbei – sie fängt gerade erst an.

Wir Freie Demokraten werden diesen Haushalt mittragen.

Wir werden ihn mittragen, weil wir erneut ernsthaft und verantwortungsbewusst für die Stadt Wegberg handeln – unabhängig vom Ausgang einer Wahl oder des Parteibuches des Bürgermeisters.

Wir werden ihn mittragen, weil wir wissen, dass der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung unumkehrbar ist.

Wir werden ihn mittragen, weil Vernunft und Verantwortung immer zwei Seiten der selben Medaille sind.

Ich danke herzlich ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Christoph Böhm
Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Freie Wähler bedankt sich bei Frau Kühlen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive Zusammenarbeit.

Bei der diesjährigen Beratung zur Haushaltssatzung konnten wir Freien Wähler eine wesentlich angenehmere Atmosphäre feststellen als in den Jahren zuvor. Daher nochmals einen Dank, auch an Frau Vieth und den Bürgermeister.

Die vorliegende Haushaltssatzung 2015 ist im Grunde ein Abbild der vorläufigen Haushaltsführung mit der Erweiterung, dass die freiwilligen Leistungen vor allem an die Vereine ausgezahlt werden können. Diesen können und wollen wir so unterstützen.

"Kreatives Sparen" ist sieben Wochen vor Ende des Jahres so aber nicht möglich.

Zieht man die Bearbeitungszeit der Kommunalaufsicht ab, verbleiben schließlich noch 3 Wochen in 2015, in denen wir einen genehmigten Haushalt haben.

Wir gehen davon aus, dass die Haushaltsansätze in etwa den tatsächlichen Werten nahe kommen.

Zudem sollte eine zügige Erstellung eines Jahresabschlusses 2015 zu erwarten sein.

Ein geplantes Defizit von ca. 3 Mio.€ ist auch aufgrund der Beratung des Haushaltes im November kaum abzumildern. Viele Ausgaben sind bereits im laufenden Jahr auch aufgrund des katastrophalen Haushalts 2014 und den Verpflichtungsermächtigungen getätigt worden.

Daher könnten wir, auch mit Bauchschmerzen, hier zustimmen.

Betrachten wir die mittelfristige Finanzplanung ab 2016

Hierzu möchten wir Ludwig Erhard zitieren, ein unbestrittener Wirtschaftsfachmann und der Urvater der sozialen Marktwirtschaft:

Einmal wird der Tag kommen, da der Bürger erfahren muss, dass er die Schulden zu bezahlen habe, die der Staat macht und uns zum "Wohle des Volkes" deklariert.

Dieser Tag ist schon lange her, aber die Quittung für diese Misswirtschaft der vergangenen Jahre, müssen die Bürger ab 2016 und in den Folgejahren zahlen. Hier ist besonders die massive Erhöhung der Grund- und Hundesteuer zu erwähnen.

Betrachten wir den Ergebnishaushalt 2016:

geplante Aufwendungen: 57,6 Mio.€

geplante Erträge: 51 Mio.€

Zinsen: 1,67 Mio.€

geplantes Defizit: 8,3 Mio. €

Zusammengefasst: eine Katastrophe, oder für den Ottonormalverbraucher ausgedrückt:

Fraktion Freie Wähler
Rathausplatz 25
41844 Wegberg



Fraktion Freie Wähler
im Rat der Stadt Wegberg

Sie verdienen 2000€ im Monat, geben aber 2350€ aus. Jeden Monat überziehen Sie Ihr Konto mit zusätzlichen 350€.

Wie lange geht das gut? Die Stadt lebt weiterhin über ihre Verhältnisse.

Dazu kommen geplante Ausgaben, die wir sehr kritisch hinterfragen.

Das Leitbild der Stadt Wegberg forciert eine Bebauung im Innenring.

Wir wollen Wohnstadt werden!

Unsere Anträge zu zwei Baugebieten im Innenring wurden auf die lange Bank geschoben und von einem Masterplan abhängig gemacht.

Können wir uns einen Masterplan für 40.000€ leisten?

Können wir uns eine weitere Zeitverzögerung leisten?

Wir sagen. NEIN.

Zudem werden keine Mittel in den Haushalt eingestellt, um Bebauungspläne zu finanzieren.

Wegberg braucht keine hochtrabenden Pläne, Wegberg braucht Wohnbauflächen für Familien und vor allem für die mit kleinem Geldbeutel. Oder wartet Wegberg, bis die Zinsen wieder steigen oder bis unsere Nachbarstädte weitere Baugebiete erschließen.

Wegberg braucht mehr Geschwindigkeit oder anders gesagt, Wegberg sollte sich an den Ergebnissen unserer Nachbarn orientieren.

Wir Freien Wähler werden das Schneckentempo, vor allem in Bezug auf Neubaugebiete so nicht mittragen.

Warum wird das Angebot an Bauflächen künstlich knapp gehalten?

Viele Fragen, keine Antworten. Herr Bürgermeister, hier hat sich auch seit 2014 nichts geändert, schade, da haben wir mehr von Ihnen erwartet.

Ein Durchleuchten aller Ausgaben ist unbedingt notwendig. Eine eintägige Klausurtagung ist bei weitem dafür nicht ausreichend.

Wann kommt die Kehrtwende?

In den vergangenen Jahren haben wir Freie Wähler mehrfach ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept gefordert und beantragt.

Meine Damen und Herren des Rates, Sie müssen es sich anhören, Sie, als gewähltes Sprachrohr der Bürger.

Ihre Ablehnung in der Vergangenheit und da waren wir alleine auf weiter Flur, hat einen großen Schaden in Wegberg verursacht. Das werden wir den Bürgern transparent darstellen.

Wir leben immer noch über unsere Verhältnisse. Und das Schlimmste ist, dass immer noch an den Symptomen herumgedoktert wird, anstatt einen großen Wurf zu landen. Ich erinnere an die Zuschüsse für das Theater, eine in unseren Augen elitäre Veranstaltung, die nichts mit einer Daseinsfürsorge zu tun hat, sondern nur mit einem Wählerklientel. Wie schwer man sich tut, hier die Reißleine zu ziehen, auch von Seiten der Verwaltung.

Betrachten wir das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept:

Es wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die vom Stadtrat und auch mit Ihnen Herr Bürgermeister beraten wurden.

Jetzt wird Transparenz eingefordert:

Das ist doch ein Hohn, dem Bürger diese Maßnahmen zu erklären wenn sie schon längst beschlossenen Sache sind und nicht mehr geändert werden. Der richtige Weg ist, vor den Beschlüssen mit dem Bürger in einen Dialog einzusteigen.

Nutzen wir doch das Forum, dass wir als Stadthalle, jedes Jahr auch mit einem hohen zweistelligen Eurobetrag subventionieren.

Und ganz besonders schlimm finde ich eine gewisse Scheinheilligkeit wie bei den bevorstehenden Grundschulschließungen. Es sollte doch jedem klar sein, dass die Schulen, die kaum die nötigen Schülerzahlen vorweisen, Kandidaten für eine Schließung sind. Es ist dann auch nicht zu betonen, wie gut man arbeitet, denn das gilt für jeden Kindergarten und Grundschule. Der demographische Wandel, der hier immer wieder angesprochen wird, wird in Wegberg absichtlich verschlimmert, indem man neue Baugebiete im Innenring verweigert.

Und eins möchte ich da auch anmerken:

Wenn der 1. stv. Bürgermeister Herr Schmitz (RP) meint, dass man die Grundschulen nur erhalten kann, wenn entsprechend Familien und/oder Flüchtlinge nach Wegberg ziehen, dann ist es ein Widerspruch, wenn Sie Wochen vorher unsere vorgeschlagenen Wohnbauflächen auch mit dem Hinweis auf einen Masterplan auf die lange Bank schieben. Die Familien werden sich da niederlassen, wo die Infrastruktur stimmig ist, da wo Wohnangebot vorhanden ist. Hier florieren Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder und auch Gewerbe.

Und somit schließt sich wieder der Kreis und ich stelle fest, dass Sie entgegen Ihrem Eid, Schaden von der Stadt Wegberg fernzuhalten, handeln. Aber das ist hier in Wegberg leider schon Tradition.

Einen weiteren Punkt aus dem HSK möchte ich noch beleuchten: die Parkraumbewirtschaftung - auch wenn Sie mit einem Wirtschaftsgeographen versuchen, diese als nicht schädlich darzustellen, muss doch ehrlicherweise gesagt werden, dass sie einer positiven Entwicklung der Innenstadt auch nicht nützt. Hier wurden wir bei der Klausurtagung, von dem Vorsitzenden der Werbegemeinschaft und Rats Herrn der CDU, Ralf Schmelich unzureichend um nicht zu sagen, gar nicht informiert, dass es für die Gewerbetreibenden in der Innenstadt ein No-Go ist.

Und bitte hören Sie auf, mir zu erzählen, auch wenn es weh tut, wir müssen das jetzt durchziehen. Wir haben auch die Kürzung der Zuschüsse für die freiwillige Feuerwehr abgelehnt, oder die Pferdesteuer. Alles ist irgendwo darstellbar.

Wir halten diese Maßnahme mittlerweile für falsch und haben Ihnen einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet, der auch mit dem Wegfall der Stelle des technischen Beigeordneten schlüssig ist.

Warum wird dieser Vorschlag belächelt?

Warum wird es nicht in Erwägung gezogen?

Warum, weil hier parteipolitische Interessen über dem Wohl der Bürger stehen.

Wir werden sehen, wie und mit wem welche Posten besetzt werden.

Betrachten wir das HSK als Ganzes: So ist es für uns nicht tragbar.

Die großen Defizite sollen erst nach 2020 abgebaut werden. Der Haushaltsausgleich 2024 steht auf solch dünnem Eis und ist aus heutiger Sicht nicht erreichbar.

Dazu betrachten Sie bitte die Personalausgaben, die noch nicht einmal die tariflichen Erhöhungen abbilden. Auch wenn von der Verwaltung das Gegenteil behauptet wird, so ist das Ganze nicht schlüssig. Zudem wurde uns mehrfach mitgeteilt, dass der Sachverhalt aus terminlichen Gründen unserer Fraktion nicht in der Geschäftsstelle erklärt werden kann. Ein Posten von mehr als 10 Mio. € sollte schon näher erklärt werden und da ist es mit einer Email als Erläuterung nicht getan. Wir betrachten diese Missachtung, als Behinderung unserer Ratsarbeit.

Wir halten es auch für dringend notwendig den Personalausschuss wieder einzuführen und nicht an den Haupt- und Finanzausschuss anzuhängen.

Das Personalbudget von über 10 Mio. € sollte intensiv beraten werden und nicht wie im Kuschelkurs von Bürgermeister, SPD und CDU beschlossen, als Anhang im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden.

Ist das Ihr Verständnis von transparenter Politik?

Als Hammer betrachten Sie bitte im HSK den Anstieg der Grundsteuer ab 2021.

Es wird nahezu eine Verdoppelung veranschlagt. Dies zeigt das wahre Dilemma Wegbergs:

Es wird weiter geklüngelt und der Bürger wird nach der nächsten Kommunalwahl 2020 richtig geschröpft.

Das tragen wir so nicht mit und das werden wir mit dem Bürger auch so kommunizieren.

Zusammengefasst möchte ich für die Freien Wähler folgendes mitteilen:

Den Haushalt 2015 könnten wir mittragen, aber die mittelfristige Finanzplanung und auch das Haushaltssicherungskonzept lehnen wir in dieser Form ab, da es bei weitem nicht ausreichend ist. Von Nachhaltigkeit kann keine Rede sein und es sollen weitere Schulden der Nachfolgegeneration vererbt werden.

Daher hat die Fraktion Freie Wähler beschlossen, den Haushaltsplan 2015 abzulehnen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 12.11.2015

Sandra Nelsbach
- Fraktionsvorsitzende -

Es gilt das gesprochene Wort

Wegberg, den 12. November 2015

Rede zur Halshaltsatzung für das Haushaltsjahr 2015

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

In der ersten interfraktionellen Runde nach der Kommunalwahl 2014 habe ich den Wunsch geäußert, dass wir als Rat und Verwaltung zukunftsorientierte Entscheidungen, auch über eine Wahlperiode hinaus, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt treffen sollten. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Prozess mitgestalten.

Was darauf in ernüchternder Weise folgte war das Haushaltssicherungskonzept. So hatten wir uns das sicher nicht vorgestellt. Die desolate und verantwortungslose Haushaltspolitik der letzten 10 Jahre hatte uns eingeholt. Aber, frei nach Hermann Hesse,

In jedem Ende steckt immer auch ein neuer Anfang

Die Visionen 2025 entstanden und wurden von Rat und Verwaltung in einem gemeinschaftlichen Konsens auf den Weg gebracht. Wegberg im Jahr 2025 mit einem ausgeglichenem Haushalt dastehen zu lassen war erklärtes Ziel.

Mit Unterstützung der GPA wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, der uns nicht viel Handlungsspielraum lässt. Die dort aufgeführten Einsparpotentiale **müssen** umgesetzt werden. Oder alternativ dazu wieder aus einem anderen Topf entnommen werden. Diese Vorgehensweise ist zwingend erforderlich, um unser Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Die bittere Pille Haushaltssicherungskonzept wird uns noch manches mal im Halse stecken bleiben.

Es geht hier ausschließlich um Fakten und Ergebnisse aus Prüfungen und sachlich fundierten Berechnungen. Auf diese müssen wir uns stützen. Worauf denn auch sonst? In diesem Zusammenhang möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei Frau Kühn und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die geleistete Schwerarbeit in den letzten Wochen und Monaten ausdrücklich bedanken.

Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen sind nicht populär. Dieser Rat wird wahrscheinlich für einige Bürgerinnen und Bürgern der unpopulärste Rat aller Zeiten werden. Wer lässt sich schon gerne schröpfen wie eine Weihnachtsgans. Und das auch noch die nächsten 10 Jahre.

Um das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren ist es für uns als Rat, die wir in fraktionspolitischen Gremien gebunden sind, unabdingbar ein Denken und Handeln in **Wahlkreisen** zu unterlassen. Politische Brandstiftung ist da wenig dienlich. Ein Zusammenleben wird zukünftig auch dadurch schwierig gestaltet, indem wir Argumentationen nach dem Sankt Florians Prinzip einen Raum geben, der sagt, o.k. wir müssen sparen, das sehe ich ein, aber warum bitte schön wir? Warum nicht die anderen?

Wir können diese Strecke nur bewältigen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitnehmen. Ihnen Ihre Ängste und Vorbehalte nehmen, indem wir sie früh mit unsren Entscheidungen vertraut machen und im Bedarfsfall auch mit in die Verantwortung nehmen. In der Sache an sich stehen wir oft gar nicht so weit auseinander. Wir haben in den vergangenen Monaten eine intensive Gesprächskultur zwischen Rat und Verwaltung erleben können, die sehr positiv und konstruktiv gestaltet war

und oft zur Klärung von Sachverhalten beigetragen hat. Diese Gesprächskultur spiegelt sich auch in vielen Bürgersprechstunden nieder.

Wir werden in unserem politischen Reden und Handeln nie immer einer Meinung sein. Wir werden Streiten und Fluchen und uns maßlos ärgern. Vielleicht sind wir auch ab und zu beleidigt und enttäuscht. Gut, das gehört dazu.

Aber lassen Sie uns festhalten an dem gemeinsamen Weg, das Ziel nicht aus den Augen verlierend, unseren Bürgerinnen und Bürgern 2025 eine Stadt mit ausgeglichenem Haushalt zu übergeben. Daran sollten wir uns messen lassen.

Diesen Weg werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schweren Herzens, aber entschieden mit ihnen gehen. Wir werden dem Haushaltsentwurf 2015 zustimmen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas sagen

Wir haben in dieser Woche einen ganz großen Demokraten verloren den ich immer sehr geschätzt und bewundert habe. Helmut Schmidt. Er hat einmal gesagt:

Wenn am Ende des Weges jemand über uns sagt, das haben Sie doch ganz gut gemacht, dann bin ich zufrieden.

Vielen Dank

Christiane Merz-Valsamidis
Fraktionsvorsitzende

Rede zur Haushaltssatzung 2015

Wegberg, den 12.11.2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

Wir haben heute über den Haushalt 2015 zu beschließen.

Es ist ein Haushalt, der uns alle, die Ratsmitglieder und die Bürgerinnen und Bürger, nicht froh machen kann. Es ist ein Haushalt, der von einem Schuldenberg von über 60 Millionen EUR geprägt ist. Ein Schuldenberg, der in den letzten Jahren angehäuft worden ist.

Ich will heute nicht über Verantwortlichkeiten reden. Ein Ratskollege hat vor einiger Zeit mal gesagt „Schulduzuweisungen helfen nicht weiter“. Ob das stimmt, sei dahingestellt. Für heute meine ich, o.k., lassen wir das.

Wichtig ist jetzt in der Tat, nach vorne zu schauen. Dahin, wo man den Karren aus dem Dreck auf festes Gelände gezogen haben wird. Daran, dass das klappt, habe ich dann keine Zweifel, wenn wir alle, die wir hier im Rat arbeiten, bei allen politischen Unterschieden zusammenarbeiten. Und dass das geht, haben wir doch in den letzten Monaten gesehen. Wir haben uns im März, als klar wurde, dass wir um das Haushaltssicherungskonzept nicht herumkommen, einen Zeitplan gesetzt, dieses Haushaltssicherungskonzept zu formulieren. Es hat danach zwar noch einige Hakeleien und Irritationen gegeben. Doch letztlich hat man - auch im Verfahren - zusammengefunden. Es sind vielfältige Vorschläge zur Entschuldung der Stadt gemacht worden. Von den Bürgern, von der Verwaltung, vom Rat. Fast der gesamte Rat hat am 15. August in Klausur zusammen gesessen und gemeinsam Konsolidierungsmaßnahmen erarbeitet. Nach den weiteren Beratungen in der Fraktion hat der Rat in öffentlicher Sitzung über die vorgesehenen Maßnahmen diskutiert und den Maßnahmenkatalog einstimmig beschlossen.

Das macht Hoffnung für die nächste Zeit.

Die beschlossenen Maßnahmen machen allerdings - wie gesagt - wenig froh. Das Haushaltssicherungskonzept, Bestandteil der Haushaltssatzung 2015, mutet den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wegberg einiges zu. Konkretes ist bereits beschlossen worden:

Die Grundsteuern A und B mussten erhöht werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass uns bei der Grundsteuer B gar nichts anderes übrig geblieben ist. Uns wird, als Kommune in der Haushaltssicherung, durch die Kommunalaufsicht vorgeschrieben, die Grundsteuer B auf den durchschnittlichen Satz in Nordrhein-Westfalen anzuheben. Das sind halt 491 % Punkte.

Auch die Erhöhung der Hundesteuern ist uns nicht leicht gefallen. Aber auch da muss gesagt werden, dass die Stadt Wegberg sich bei den nun beschlossenen Sätzen im unteren Bereich bewegt, was in Nordrhein-Westfalen an Hundesteuer gezahlt werden muss.

Das Haushaltssicherungskonzept listet weitere Maßnahmen auf:

Das vorgesehene Personalkosteneinsparkonzept wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus einiges abverlangen. Letztlich wird dieselbe Arbeit auf weniger Köpfe verteilt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf den Bürgerservice. Aufwendungen bei Jubiläen und Ehrungen werden reduziert. Grundschulen werden möglicherweise geschlossen. An diesem Punkt weise ich nochmals darauf hin, dass bis jetzt noch nicht beschlossen ist, bestimmte Grundschulen zu schließen. Da ist alles noch offen.

Wir müssen uns daran gewöhnen, dass Grünflächen nicht mehr in dem Umfang wie bisher gepflegt werden können.

Weitere vorgesehene Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes ist die Parkraumbewirtschaftung.

Wichtig ist natürlich nochmals zu betonen, dass über diese Maßnahme, wie auch über jede einzelne Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes im Einzelnen noch diskutiert werden muss. Wir haben einzelne Sparmaßnahmen beschlossen. Wie diese ausgeführt und umgesetzt werden, muss für jede Maßnahme noch beraten werden. Zu jedem Vorschlag muss ein detailliertes Konzept mit Rahmenbedingungen, Eckpunkten, validen Parametern und belastbaren Größen erarbeitet werden. Das bedeutet, dass jede Maßnahme des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes in den Ausschüssen und im Rat beraten und dies jeweils mit einem eigenen Beschluss entschieden werden muss.

Das bedeutet natürlich auch, und das sage ich im Hinblick auf einige Einwendungen zur Parkraumbewirtschaftung und im Hinblick auf Leserbriefe in der örtlichen Presse, dass zu jeder einzelnen Maßnahme jede Bürgerin, jeder Bürger Stellung nehmen

kann. Die Beschlussvorlagen werden alle vor den Ausschusssitzungen veröffentlicht. Jeder Bürger hat also das Recht, dazu eine Stellungnahme abzugeben. Es trifft also keinesfalls zu, dass wir einfach entscheiden wollen, ohne die Bürgerinnen und Bürger beteiligen zu wollen. Machen Sie, verehrte Damen und Herren, von ihrem Recht gerne Gebrauch. Wir laden sie ausdrücklich dazu ein, sich zu jeder einzelnen beschlossenen Maßnahme einzubringen. Schön wäre es dabei natürlich auch, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen dann nicht einfach nur abgelehnt würden, sondern auch konstruktive Vorschläge zur Ausgestaltung der Maßnahmen oder zu kostendeckenden Alternativmaßnahmen gemacht würden.

Im Übrigen gibt es auch eine sehr praktische Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger Wegbergs, sich einzubringen. Nach Art. 17 unserer Hauptsatzung kann der Rat Einwohnerversammlungen oder Bürgerinformationsversammlungen durchführen. Ich halte dies für einen guten Weg, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Von der Möglichkeit sollten wir Gebrauch machen!

Eine kurze Anmerkung zur Asylsituation in Wegberg, die ja auch Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Wegberg hat:

Die Wegberger zeigen sich tolerant und offen, also von ihrer besten Seite. Man kann hier in Wegberg tatsächlich von einer sehr guten Willkommenskultur reden. Es gibt viele ehrenamtliche Helfer, Kirchen, Vereine und Gruppierungen, die den Flüchtlingen mit Sachspenden, persönlicher Zuwendung und Rat und Tat zur Seite stehen. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion an dieser Stelle einmal ganz herzlich bedanken. Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die eine ganze Menge Mehrarbeit leisten müssen. Dabei - jetzt komme ich wieder auf den Haushalt zurück - haben die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge bisher keinen so erheblichen Einfluss auf die Finanzen der Stadt gehabt, dass dafür bei anderen Positionen hätte gespart werden müssen. Dabei hilft uns natürlich auch die Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes in Petersholz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch ein Wort zum Verfahren bei der Aufstellung der Haushaltssatzung 2015:

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das Verfahren bei der Aufstellung der Satzung von den ersten Arbeiten an bis zur Einbringung in den Rat so transparent abgelaufen ist, wie dieses Jahr. Die Arbeiten in der Verwaltung wurden im Wesentlichen in enger Abstimmung mit der Politik durchgeführt. Der Bürgermeister hat häufig mit mir und - wie ich weiß - auch mit anderen Fraktionsvorsitzenden telefoniert, um bestimmte Punkte bereits im Vorfeld abklären zu können. Der Bürgermeister war häufig in den Fraktionssitzungen nicht nur unserer Fraktion zu Gast. Wenn Fehler aufgetreten sind - und das passiert, wenn gearbeitet wird - wurde dies von Seiten der Verwaltung sofort kommuniziert und Lösungen oder

Lösungsvorschläge angeboten. Das schafft - anders als in den vergangenen Jahren - Vertrauen.

Ein weiterer Punkt, der Vertrauen schafft:

Es heißt in den Vorbemerkungen zur Haushaltssatzung:

„Die Ergebniswerte, die im Haushaltsplan 2014 für die Jahre 2015-2017 vorgesehen waren, werden mit der Planung für 2015 und Folgejahre weit unterschritten. Die Prognosen für die Folgejahre waren in der Vergangenheit häufig optimistischer kalkuliert und sind deshalb vorsichtig zu interpretieren.“

Anders als in den letzten Jahren werden heute realistischere Daten genannt. Auch das schafft Vertrauen. So kann es weitergehen.

An dieser Stelle nochmals meinen ausdrücklichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, die an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt waren. Unser besonderer Dank gilt der Kämmerin, die mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung in einem großen Kraftakt neben der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2014 die Haushaltssatzung für das Jahr 2015 vorbereitet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der Haushalt 2015 ist Startpunkt eines Prozesses, der zunächst zehn Jahre lang läuft. Die einzelnen beschlossenen Maßnahmen müssen nun ausgestaltet werden. Wenn die Streitkultur, die in Bezug auf das Haushaltssicherungskonzept in den letzten Monaten gepflegt worden ist, weiter anhält, also genauso sachlich und unaufgeregt diskutiert wird, bin ich sehr zuversichtlich, dass das Ergebnis, also spätestens im Jahre 2024 eine schwarze Null im Haushalt zu haben, gelingen wird.

Die SPD Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2015 zu.



Fraktionsvorsitzender

Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) hat der Rat der Stadt Wegberg mit Beschluss vom 12. November 2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	52.562.318 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	56.094.595 €

im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	50.153.712 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	49.588.475 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	1.242.700 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.985.650 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	6.182.500 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	6.647.500 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf
festgesetzt. 1.750.000 €

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf
festgesetzt. 1.060.000 €

§ 4

Die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf
festgesetzt. 3.532.277 €

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf
festgesetzt. 14.000.000 €

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **236 v.H.**

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **421 v.H.**

2. Gewerbesteuer auf

433 v.H.

Die Hebesätze sind durch Satzung vom 20.12.2011 festgesetzt worden.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2024 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandeln“ (ku) angebracht ist, ist bei dem Freiwerden diese Stelle in eine Stelle der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln. Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend“ (kw) angebracht ist, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- oder Vergütungsgruppe nicht mehr besetzt werden.

§ 9

Regelungen zu Wertgrenzen

Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen

Die Wertgrenze gemäß § 41 Absatz 1 Buchstabe h GO NRW für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen wird auf 10.000 € festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind ab einer Größenordnung von 25.000 € als erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW anzusehen und bedürfen somit der vorherigen Zustimmung des Rates.
2. In unbeschränkter Höhe als unerheblich anzusehen sind folgende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen:
 - a. Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung (z.B. Auswirkungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, Gewerbesteuerumlagen, Kreisumlage) oder aufgrund eines Ratsbeschlusses
 - b. Änderungen aufgrund tarifvertraglicher Abschlüsse
 - c. interne Leistungsverrechnungen
 - d. Mehrwert-/Vorsteuern
 - e. Verluste aus Wertveränderungen bei Forderungen (z.B. Niederschlagungen, Erlasse) einschließlich aller Nebenforderungen (z.B. Zinsen, Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren) sowie planmäßige oder außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen
 - f. ergebnisneutrale systembedingte Veränderungen des doppelten Haushaltes auf Grund neuerer Erkenntnisse oder gesetzlicher Grundlagen (z.B. Anpassung des Konten- und Produktplanes)

- g. Umschuldungen / Sondertilgungen
- h. Abschlussbuchungen
- 3. Für über- und / oder außerplanmäßige Aufwendungen, die erst im Rahmen des Jahresabschlusses entstehen, wirtschaftlich aber noch dem abgelaufenen Haushaltsjahr zuzurechnen sind, bedarf es nicht des Verfahrens nach § 83 GO. Im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit können der Kämmerer bei der Aufstellung des Jahresabschlusses, der Bürgermeister bei der Bestätigung und der Rat bei der Feststellung den erforderlich gewordenen Aufwendungen zustimmen.

Nachtragssatzung

1. Ein zusätzlicher Jahresfehlbetrag ist ab einem Verhältnis von 5,0 % zu den veranschlagten Gesamtaufwendungen als erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW anzusehen. Die Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung ist in diesem Fall gegeben, wenn gleichzeitig der Haushaltsausgleich nur durch Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.
2. Bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen auf Ebene einer Berichtszeile eines Teilplanes (Produkt) in einem Verhältnis von 2,5 % zu den Gesamtaufwendungen des Gesamtergebnisplanes stellen einen erheblichen Umfang dar und erfordern den Erlass einer Nachtragssatzung im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW.
3. Als geringfügig im Sinne des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NRW gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und unabweisbare Instandsetzungen an Bauten, deren voraussichtliche Gesamtauszahlungen nicht mehr als 100.000 € betragen.
4. Die Wertgrenze für den Ausweis von Änderungen der Erträge und Aufwendungen und der Einzahlungen und Auszahlungen in einem Nachtragshaushaltsplan wird mit 10.000 € je Zeile im Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplan auf Produktbudgetebene festgelegt.

Rückstellungen

1. Rückstellungen sind nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW im Einzelfall ab 5.000 € zu bilden.
2. Auch wenn im Einzelfall die Wertgrenze unterschritten wird, ist dennoch eine Rückstellung zu bilden, wenn die Gesamtsumme aller Einzelfälle in ähnlichen oder gleich gelagerten Fällen den Betrag von 25.000 EUR überschreitet.

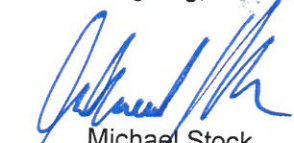
Rechnungsabgrenzungsposten

Die Geringfügigkeitsgrenze für Rechnungsabgrenzungsposten wird auf 1.000 € festgesetzt.

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Im außerordentlichen Ergebnis werden nur solche Vorfälle erfasst, die das Merkmal „von einiger materieller Bedeutung“ insoweit erfüllen, als eine Wertgrenze von 10.000 € überschritten wird.

Wegberg, 12.11.2015


Michael Stock
Bürgermeister


Werner Esser
Ratsmitglied


Michael Stever
Schriftführer